

Neuß-Grevenbroicher Zeitung.

Größte und meistverbreitete Zeitung der Kreise: Neuß und Grevenbroich.

Redaktions-Post. Wirtshaus.

Expedition: Neuß, Markt 15.

Druck und Verlag der Gesellschaft für Buchdruckerei.

Die Neuß-Grevenbroicher Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage; Samstags in 2 Nummern und als Gratisbeilage das St. Pauli-Blatt. Preis pro Quartal in Neuß durch Boten ins Haus gebracht, auswärts an der Post abgeholt M. 1.75. Das Jahressubskribtionspreis wird den Abonnenten gegen einen Nachtrag von 20 Pf. pro Quartal beigegeben.

Inserate finden durch die Neuß-Grevenbroicher Zeitung die weiteste Verbreitung und bei dem besten Leserkreis. Bei größeren Anzeigen und längerer Wiederholung entsprechende Rabatte. Anzeigen erbeten an die Expedition bis 7 Uhr Abends für die Nummer des folgenden Tages. Anzeigen-Kaufmann durch alle Briefkasten.

Nr. 278.

Donnerstag den 9. December 1897. (Locobadia.)

24. Jahrgang.

Die Steuer-Petitionen des Rheinischen Bauern-Vereins

wollen die Beteiligten noch immer nicht zur Ruhe kommen lassen, trotzdem die Abgeordneten nach den von ihnen veröffentlichten Erklärungen, keine Schuld trifft, daß diese Petitionen zum großen Theile nicht an das Abgeordnetenhaus gelangt sind. Von einem Rheinischen Abgeordneten, Vorstand-Mitglied des Rheinischen Bauern-Vereins, erhält nun die Kölnische Volkszeitung in dieser Angelegenheit die folgende bemerkenswerte Aufklärung, die wir zur Klarstellung derselben hier wörtlich wiedergeben:

Der Vorsitzende des Rheinischen Bauern-Vereins, Herr Graf v. Helldorf, hat nach dem Verichte der Köln. Volksz. Nr. 276 den 1. 8. vom Rh. Bauern Nr. 11 gegen die Rheinischen Centrums-Abgeordneten erhobenen Vorwurf der Sammelgelder und des pflichtwidrigen Verhaltens in der Angelegenheit der Petitionen des Rheinischen Bauern-Vereins zu Neuß am 30. November antwortet erhalten, was, wieder erhoben. Er bezeugt auch, entgegenstehende Petitions-Nachrichten seien unzutreffend. Demgegenüber möchte ich Folgendes feststellen.

Es sind mir aus meinem Reichstags-Wahlkreis eine Reihe von Petitionen für den Reichstag zugegangen, theilweise in Angelegenheit der Margarine- und theilweise der Randweil-Frage, theils aus Steuer-Petitionen für den Landtag. Den beiden ersten Klassen lag sämtlich mit einer einzigen Ausnahme ein Begleitschreiben bei, das lautend, daß das Original dieser Petition vom Vorsitzenden des Rheinischen Bauern-Vereins dem Reichstags-Unterbreiter übergeben worden, und die Bitte enthaltend, ihren Einfluß zu Gunsten der darin enthaltenen Petitionen geltend machen zu wollen. Die Steuer-Petitionen hatten fast alle das folgende gebräuchliche Begleitschreiben.

„... den ... 1897.
„Euer Wohlgeborner bezieht wir aus, in Anlage den Abdruck einer Petition, welche der Vorsitzende des Rheinischen Bauern-Vereins, Herr Graf v. Helldorf, v. Neuß, dem Reichstags-Unterbreiter übergeben hat, mit der ganz ergebenen Bitte zu überreichen, ihren Einfluß zu Gunsten der darin enthaltenen Forderungen geltend machen zu wollen. In größter Hochachtung verbleibe ich, Ew. Wohlgeborner ergebenster (folgt Unterschrift).“

Nach diesem Begleitschreiben muß man doch wohl annehmen, daß die Petitionen des Rheinischen Bauern-Vereins, anfangs selbst nicht angenommen hatte, daß die Petitionen abgegeben werden sollten, sonst hätte doch im Begleitschreiben mit einem Worte darauf Bezug genommen. Durch die Petitionen des Rheinischen Bauern-Vereins, die Petition an das Abgeordnetenhaus

abgegeben hatte, das Petitionieren eines Theiles der Mitglieder getrennt immer nur eine die Haupt-Petition abschließende Bitte ansetzte, da niemals bei der größten Mühe und dem größten Fleiße die Unterzeichneten sämtlicher 42,000 Mitglieder hätten zusammengebracht werden können, also immer eine Differenz gegenüber den eingegangenen Unterschriften bestehen geblieben wäre. Dazu kommt noch, daß einzelne Petitionen nicht, wohl aber die Begleitschreiben mit den „mühselig gesammelten Unterschriften“ versehen waren.

„Auf die obige Auffassung des Begleitschreibens und der Petition als zur Information und Anspornung der Abgeordneten bestimmt, war dem Verein nach der Vorführung des Vereins in einer vor mehreren Wochen in Köln abgehaltenen Vorstandssitzung bereits von einem Abgeordneten anmerkung gemacht worden; um so mehr hätte der Vorsitzende bei dem Vorgehen gegen die Abgeordneten sich der Vorsicht befleißigen sollen.“

„Aber das Begleitschreiben enthält auch überdies eine große Anzahl von Unrichtigkeiten. Einerseits ist in der Sache nachzuweisen, daß die einen Mitglieder als nicht abgegeben angesehen Petitionen sämtlich Reichstags-Petitionen, nicht aber Steuer-Petitionen-Abdrücke für das Abgeordnetenhaus gewesen sind. Weit also der betr. Abgeordnete die Kaufmann- und Margarine-Petitionen-Abdrücke nicht an das Abgeordnetenhaus, für welches sie nicht bestimmt waren, abgeliefert hat, deswegen werden seine Wähler angefordert, sich mit ihm auseinander zu setzen! Was soll man zu einem solchen Verfahren der Petition eines großen Vereins sagen?“

Die Kölnische Volkszeitung nennt, daß in dieser Beziehung getrenntgezeichnete Verfahren einen neuen Versuch zu machen gegen die der derzeitigen Leitung des Rheinischen Bauern-Vereins unliebsamen rheinischen Centrums-Abgeordneten. Diese Tendenz der Veröffentlichung in den Organen des Rheinischen Bauern-Vereins geht, wie auch die Reichstags-Vorführung, hervor, daß in dem Artikel des Rheinischen Bauern eine Anzahl von Abgeordneten, die man wohlgehornt aus gewissen Gründen nicht vor den Kopf stoßen wollte, als pflichtwidrig gelobt, andere dagegen auf's schärfste getadelt wurden, während es sich bei näherer Prüfung der Liste herausstellt, daß die Gelobten genau dieselbe „Sammelgelder“ gezeigt hatten, wie die Getadelten. So lag die Tendenz, einer bestimmten, ausgesuchten Anzahl von Abgeordneten ein anzuheben, klar zu Tage. Das Bureau des Rheinischen Bauern-Vereins sucht sich jetzt in dem neuen Artikel der „Köln. Volksz.“ mit der Bemerkung herauszuheben, es habe „fogar“ solche Abgeordnete „gelobt“, die nur einen Theil der Petitionen abgegeben hätten. Sollte das Bureau des Rheinischen Bauern-

Vereins seine Gunst nicht auf ein paar ausgelesene Abgeordnete beschränkt, sondern auf die andern Abgeordneten, die in derselben Lage waren, ausgedehnt, dann wäre freilich der ganze Artikel des Rheinischen Bauern überflüssig geworden.

Nach den Ausführungen, welche bereits jetzt gegeben worden sind, handelt es sich in dieser Angelegenheit weit weniger um eine „Sammelgelder“ der Abgeordneten, an welche die Steuer-Petitionen des Rheinischen Bauern-Vereins geschickt worden waren, als um eine sehr ungeschickte Art der Abführung der Petitionen. Diese zu verhindern, wäre die eigentliche Aufgabe des Bureau's des Rheinischen Bauern-Vereins gewesen, eine den Interessen des Bauern-Vereins viel dienlichere Aufgabe, als die Abfassung und Veröffentlichung verdächtiger und heftiger Artikel gegen rheinische Centrums-Abgeordnete.

Sollte das Bureau seiner Zeit so viel Fleiß auf die richtige Anordnung der Petitions-Aktion verwendet, wie es jetzt für die Petitions-Aktion gegen Centrums-Abgeordnete thut, so wären wahrscheinlich die sämtlichen Petitionen ordnungsgemäß an die Commission des Abgeordneten-Hauses ausgeliefert worden.

Wir zweifeln nicht, so schließt die Kölnische Volkszeitung, über die Ausführungen, daß ein großer Theil der Mitglieder des Rheinischen Bauern-Vereins die getrenntgezeichnete Petitions-Aktion des Bureau's in Sachen der Steuer-Petitionen in seiner Weise billigt. Das sollte aber auch innerhalb des Vereins in klarer und energischer Weise zum Ausdruck gelangen. Es ist eine aller und jeder thörichtesten Grundgedanken, die Inflation des Bureau's des Rheinischen Bauernvereins, daß die „Presse“ gemeint ist, augenscheinlich die Centrums-Presse. „Abneigung gegen den Bauernverein verbreitet und künstlich Verharmlosung gegen den Bauernverein“; dagegen schadet dem Rheinischen Bauernverein in Wirklichkeit nichts so sehr, wie das Verhalten seiner Presseorgane.

Deutschland.

Berlin, 7. December.

Die deutsche Thronrede und die Socialreform. Die Socialen Progreß schreibt: Am 30. November ist der Reichstag mit einer Thronrede eröffnet worden, in der die Fortführung der Socialreform mit keinem Worte berührt ist. Die

in voriger Session unerledigt gebliebenen Socialen Entwürfe, betreffend die Unfall- sowie die Invaliden- und Altersversicherung und ferner betreffend den Schutz der Confectionarbeiter lehnen, wenigstens nach der Thronrede, in dieser Sitzung nicht wieder. Auch ein Gesetzentwurf über die Regelung der Arbeitszeit der Angestellten in offenen Ladengeschäften, dessen Vorbereitung vor einiger Zeit gemeldet worden, ist in der Thronrede nicht aufgeführt. Socialpolitische Maßnahmen enthalten allerdings in gewisser Hinsicht auch der Entwurf der Civilproceßordnung mit der Erweiterung des Kreises der nicht pfändbaren Gegenstände und die Entschädigung unschuldig Verurtheilter. Aber weder auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung noch auf dem des Arbeiterschutzes wird ein Fortschritt von der Thronrede in Aussicht genommen. Wie sich die Zeiten ändern! Nach der Eröffnung der letzten Reichstags-Session 1895/97 wurde in der Thronrede der „fürstliche für das Wohl der arbeitenden Klassen“ in warmen Worten gedacht.

Die Socialdemokratie und die Landtagswahlen. In der neuen Zeit führt Bebel die Socialdemokratie gegen aus, er habe nur eine Verständigung zwischen den auseinandergehenden Auffassungen über den Sinn des Hamburger Beschlusses herbeiführen gesucht. Er verwahrt sich ausdrücklich gegen den Vorwurf, als habe er beabsichtigt, den Parteitag herab- und die Fraction über den Parteitag zu setzen. Gegenüber der Verletzung der Einheitlichkeit und Disciplin der Partei sagt Bebel, gerade weil er sehe, daß der unglückliche Hamburger Beschlus die Einheitlichkeit und Disciplin in der Partei gefährde und durch die verschiedene Auslegung oder Umgehung, die er im Moment der Wahl finde, zu Part und Streit führen müsse, sei er für eine neue klare, jede Zweideutigkeit ausschließende Declaration oder Umgestaltung. Bebel führt schließlich aus, daß sein Vorschlag nicht gegen den Geist der Parteiconstitution verstoße, sondern durch die außergewöhnliche Situation gerechtfertigt sei.

Um dem Handwerker zu helfen? Der Reichstag in einer letzten Sitzung zu Berlin abgehaltenen Sitzung, welcher im Ganzen sechs Gattungen-Haupten, davon 2 aus Posen und Westpreußen, beizubringen, sage und schreibe ganze 1200 Mark. Die „Pol. Reg.“ befürchtet, daß die Berliner Epäsen der Commissionsmitglieder nicht viel hinter der Summe der bewilligten

Eine dunkle That.

Kriminal-Roman von Thomas Cobb.
Autorisierte Uebersetzung.

(Nachdruck verboten.)

39) „Aber die Schatten wichen nicht so leicht aus Florences Seele; immer wieder überdachte sie das Erlebte und wollte gern bei dem einzigen Lichtpunkte des trübten Weltalls, bei der Erinnerung an das edle Opfer, welches Dorn gebracht hatte. Sie konnte seine Folter, leicht verwundbare Natur und vermodete daher zu erweisen, welche harte Prüfung er in den verflochtenen Jahren durchgemacht. Wie viel hatte er erdulden müssen und alles um seines andern Wohles willen, als das Bewußtsein ihm erfüllte Pflicht! Ohne ein Wort des Begehrens war er gegangen und hatte sie vereinfacht denn je zurück gelassen — sie trauerte ihm nach, wie einem Menschen, den sie geliebt und verloren hatte. Noch einmal erneute sich Florences Seelenkampf, als Inspektor Holt am nächsten Freitag dem Vorberichter einen Besuch abstattete. Auf seinem Gesicht stand die erlöschende Niederlage geschrieben. Nach einigen Fragen von Seiten Doctor Wirts, während welcher Florence die stürmischen Schläge ihres Herzens zählte, berichtete der Inspektor folgendes: „Ich gestehe, daß ich das erste den letzten gegen habe. Fairford scheint den Entschluß gefaßt zu haben, Herr Doctor. Er reist mit dem Fräulein nach London, ertheilt dort seinen Sachwaltern die nöthigen Aufträge in Bezug des Falles und verläßt uns, daß ein Theil der Arbeit verdonnert werden müsse. Durch Vermittelung des berühmten Anwalts trat er in telegraphische Verbindung mit dem berühmten Schiffbau-Unternehmer in London wegen des Anlaufes einer Yacht, und bevor er Montag Nachmittag nach Norfolk abreist, wird er schon im Hülse des Dampfers „Ende“, der bis Mittwoch morgen demont und fertig gestellt sein sollte.“

„Unglaublich rasches, entschlossenes Vorgehen!“ rief Doctor Wirt mit einem Tone der Bewunderung, welcher ihm Florences ganzes Herz gewann. „Der aber genügende Geldmittel besitzt“, fuhr Inspektor Holt fort, „dann alles im Umlichen erledigen. Fairford bezahlte an Barcoffer, den ich selbst in Gower

sprach, ein bedeutendes Anleihen, um die Yacht über den Kopf eines zweiten Meeresbergs hinweg zu erobern. Nach dem dieses Geschäft beendet war, begab er sich in einen Reichthum und kannte einen alten Reifwagen. Die Veranlassung spielte auch hier seine Rolle, so daß der Wagen noch in derselben Stunde, mit ein paar kräftigen Pferden bespannt, nach Norfolk abgedandt wurde. Gleichzeitig sorgte man für den Wechsel der Pferde unterweges. Herr und Frau Fairford verließen die „Waldbusch“-Montag gegen neun Uhr Abends, um in der vorbereiteten Weise die Fahrt nach Southampton anzutreten. Am Hafenbassin, nahe der Stelle, wo die Dampfschiffe aus Gower zu anfern pflegen, liegen die Dampfschiffe mit einander der Dampfschiffe aus dem Hafen, fanden ein Boot bereits ihrer wartend und schiffen unverzüglich nach der Nacht End hinüber. Des anderen Tages am frühen Uhr, während Gower noch im tiefen Schlafe lag, brach das selbe Boot von Gower nach Norfolk auf, worauf die End die Anker lichtete und mit demselben Dampfschiff abkampte.“

„Demnach“, flüsterte Florence, „ist keine Möglichkeit vorhanden, zu erfahren ...“

Holt bemerkte, wie das Mädchen erbleichte und sich am Boden der Yacht in posende Worte zu setzen. Er kam der fähigsten Befehle zu Hilfe. „Selbstverständlich“, sagte er, „wird man über kurz oder lang hören, was aus der End geworden ist, doch, wenn ich auch nicht geglaubt hätte, Frau Fairford auf englischem Boden zu verhaften, so liegt kein genügender Beweis gegen sie vor, um sie über die Grenzen unseres Landes hinaus zu verfolgen und gewaltsam zurückzuführen.“

„Geben Sie auch Geduldigungen über meinen Beirer einzuholen“, fragte Florence, als der Inspektor seinen Hut vom Kopfe nahm.

„Ja ja“, erwiderte Holt, indem er aufmerksam das Gesicht seiner Kopfbedeckung betrachtete. „Herr Arnold Drivmont kam in der That mit dem Radnor an.“

„Gott sei Dank!“ rief Florence, in Thränen ausbrechend.

„Aber“, ergänzte Inspektor Holt, „es fehlt uns noch immer der Beweis, ob er nicht trotzdem Ende Februar mit dem Stillschiff Galle gelandet und später mit einem anderen Schiff nach Teneriffa gefahren ist — darüber können wir erst bestimmte Auskunft erlangen, wenn der Stillschiff-Galle wieder ins Hafen einläuft.“

Enttäuscht sah Florence den Beamten an. „Wie an-“

gerecht“, rief sie lechzend. — „Es ist nun erwiesen, daß mein Beirer die Wahrheit gesagt hat, und daran wollen wir uns genügen lassen.“

Doctor Wirt sah im Begriff das Wort zu nehmen, unterbrach jedoch seine Absicht und schweig. Holt antwortete die Frage und wandte sich der Thüre zu. „Ich glaube, meine Anwesenheit in Norfolk würde unangekommen sein, wenn ich nicht hier wäre.“

„Mit der Abreise des Inspektors“, sagte diese Stelle in Norfolk ein. Der Beamte kam in der That nicht mehr zurück, wiewohl Florence gehofft hatte, er werde seine Nachforschungen von neuem aufnehmen. Langsam und traurig schloß die Thüre, und das Geheimniß blieb nach wie vor in Dunkel gehüllt.“

Ueberzeugt, daß sie Arnold anrecht gethan hatte, schämte sich Florence jetzt des Bedachts, der in ihrer Seele angelegt war. Sie lebte zu ihrem alten, freundschaftlichen Verhältnis mit ihrem Beirer zurück und trachtete, sein selbständiges Benehmen, seine am Tage von Arnolds Begräbnis bewiesene Herzlosigkeit so viel als möglich zu vergessen.

Arnold abgesehen, nicht, diese günstige Veränderung zu seinem Vortheile anzunehmen — er ließ kaum einen Tag vorübergehen, ohne im Vorberichter voranzukommen. Wegen Ende des Sommers übernahm Doctor Wirt Florence mit dem Vorschlag, eine Reise nach Schottland zu unternehmen. Für gewöhnlich verließ er sein Heim nur, um in Porting das Grab seiner Frau und Tochter zu besuchen; Florence empfand es somit doppelt dankbar, daß er dies zu ihr beabsichtigte, um ihr die Gelegenheit und Erholung zu gönnen.

Sie sollten Norfolk am ersten September verlassen. Je näher der Tag der Abreise heranrückte, desto häufiger dachte Arnold an, auch er bedürfte dringend eines Aufenthalts in anderer Luft. Als ihm jedoch keinerlei Aufmunterung zu Theil wurde, verlor er die Geduld, kam eines Nachmittags zu Florence und hielt in aller Form am die Hand seiner schönen Waise an.

„Es thut mir recht leid, Arnold“, sagte Florence ruhig, nachdem er seine Liebeserklärung zu Ende gebracht hatte, „aber daraus kann niemals etwas werden!“

„Warum nicht, Flora?“

„Weil ich dich nicht liebe — das heißt nicht auf die Weise, wie du es wünschst. Du siehst meine Person so oft wie ein Bruder, aber mehr kannst du nie-“

„Betroffen blickte Arnold Florence ins Gesicht — aller Frohsinn schien von ihm gewichen. „Flora!“ sagte er gedäch, wenn du mich von dir weißt, gehe ich zum Teufel. Das blühen Gute in mir verbannt ich deinem Einflusse. Wenn du mein Weib wärest — ich schwöre, du solltest es niemals bereuen! Um des Himmels willen, laß mich nicht ohne Hoffnung von dir scheiden!“

Florence erhob sich, um der peinlichen Unterredung ein Ende zu machen — warum sie verweigerte, zu ihren Entschlüssen nichts zu ändern vermochte! „Geh auf, mich zu quälen!“ bat sie sanft, „du verschwendest deine Worte — ich kann niemals deine Gattin werden.“

„Bist du dich gegen mich eingenommen?“ rief Arnold gereizt.

„Doctor Wirt hat deinen Namen seit Wochen nicht genannt.“

„Dann ist es dieser verurtheilte Fairford, der mich überall im Wege steht! Willst du nicht wissen, so laß dich nicht ändern. Ich werde das Sträßenrecht verkaufen und Norfolk verlassen, denn ohne dich möchte ich keine Stunde in diesem trostlosen Loch leben. Mein Tren“, das thue ich! Ich gehe an und davon und treibe mich ein wenig in der Welt umher.“

Nachdem Arnold fort war, überdachte Florence nochmals das Geschehene. Daß sie ihren Beirer abgewiesen, bedauerte sie keinen Augenblick, wenn sie auch nicht ohne Wehmut an ihre fähigste, zukunftsverheißende Jugend denken konnte. Doctor Wirt trat jetzt ins Zimmer, ein zusammengefallenes Bettgitter in der Hand. „Wel?“ rief er aus, „in Thronen, Florence! Was ist geschehen?“

„Bist du schüchtern?“ rief er, allein auf sein zitterndes Diagen gab sie endlich nach und erzählte ihm von Arnolds Werbung.

„Du bist überzeugt, mein theures Kind“, sprach Wirt ruhig, „Sie haben ganz recht gethan. Ich könnte weder Reizung noch Vertrauen zu ihrem Beirer fassen — nicht einmal mein Pferd möchte ich in seinen Händen wissen. Schen Sie her“, fuhr er fort, ihr das Bettgitter reichend, „das Gewichtverfahren gegen Fairford-Diener hat bereits stattgefunden. Der Eindringel bei Arnolds ist gar nicht erwähnt und doch ist der Mann zu fünf Jahren Zwangsarbeit verurtheilt.“

„Haben Sie sich nicht, lieber Freund“, fragte Florence, „daß wir gar nicht mehr von Inspektor Holt gehört haben?“

(Fortsetzung folgt.)

Stipendien zurückbleiben, und gibt den Fakultäten ein vorzügliches Mittel in die Hand, durch welches sie sogar ganz ohne Kosten dem Hauswerke in Posen, dem sie angeblich helfen wollen, einen sehr großen Dienst erweisen können; Man löse den H.-R.-Verein auf, der Aufschwung des Handwerks werde dann schon nicht ausbleiben. Aus Shanghai meldet das Bureau Dalziel: Letzten Freitag verließ Kapitän Becker mit 210 Mann deutscher Marinekruppen die Gegend von Rio - Tschan - Bay, um die umliegenden Dörfer zu okkupieren. Von hier marschirten sie weiter, um die Stadt Rio-Tschan in Besitz zu nehmen. Die chinesischen Forts eröffneten das Feuer auf die Deutschen, die das Feuer erwiderten. Drei Mann der Garaison wurden getödtet, worauf die Garaison floh. Der chinesische General wurde gefangen und darauf freigelassen. Verschiedene deutsche Matrosen wurden durch seine Leute verletzt, die die Bewohner nach ihnen warfen. Der Schutzherr dieser Dörfer wurde dafür auf Befehl des deutschen Kommandanten mit Bambusstöcken geschlagen.

Aus Port au Prince erfährt das Neutliche Bureau: Haiti bewilligte alle Forderungen Deutschlands. Dem ersten Theil der Forderungen sei gestern Abend Genüge geschehen. Das haitische Flagggeschiff „Crete Pierrot“, unter Admiral Rillat, setzte vor den deutschen Schiffen seine Flagge. Das haitische Flagggeschiff „Crete Pierrot“ gab einen Salut von 21 Schuss ab, der von dem deutschen Flagggeschiff „Charlotte“ erwidert wurde. Der zweite Theil der geforderten ceremoniellen Genugthuung werde heute zur Ausführung gelangen. Der deutsche Geschäftsträger Schwerin werde in förmlicher, feierlicher Weise von den haitischen Beamten empfangen werden.

Zur staatsrechtlichen Form der Flottenvorlage schreibt die Weizerzeitung, die im Allgemeinen für die Vorlage ist:

Die Zustimmung auf Zustimmung des Reichstags ist beiderseitiger Weise getrieben durch die Erwägung der Forderung über die ganzen 7 Jahre. Die Regierung selbst hat noch bis in die letzte Zeit sichigig gemacht, sich dann aber für das Septennat entschieden. Es ist damit — wer mag der eigentliche Urheber sein? — ein verhängnisvoller Zwietrachtspunkt in die Angelegenheit geworfen.

Die „Deutsche Tageszeitung“ steht der Vorlage kühl gegenüber. Es ist bezeichnend, daß das Organ des Bundes der Landwirthe aus einer von der „Frei. Ztg.“ angefertigten Zusammenstellung früherer Regierungserklärungen, welche gegen eine derartige Absicht sprechen, u. A. die folgenden citirt:

In der Reichstagskommission sagte der Reichskanzler Fürst Bismarck am 8. März 1897 wörtlich: „Für die Bewilligung können jene Forderungen des Reichs-Marineministers nur durch die einstimmige Zustimmung des Reichstags gelangen; wann und in welchem Umfang diese Zustimmung nachgelassen und erfüllt werden wird, muß sich selbstverständlich nach der gesammten Finanzlage, das heißt einerseits nach der zur Verfügung stehenden Einnahmen, und andererseits nach dem Ausgabebedarf auch der übrigen Ressorts richten.“

Ferner äußerte der Staatssekretär Hollmann am 18. März 1897: „Weber die verbündeten Regierungen nach der Reichstags werden sich niemals dazu verstehen, sich an eine formelle Denkschrift zu binden für Jahre hinaus. Das ist ganz unmöglich, selbst wenn beide Theile es wollten, nicht durchführbar, aus dem sehr einfachen Grunde, weil zunächst, ebenso wie auf dem Lande, so auf der See die Kriegsanstalt ganz wandelbar ist, und man sich nach Maßgabe der Kriegsanstalt richten muß. Es ist ganz unmöglich, daß Ihnen heute eine Marinewerwaltung sagen kann, was wir nach zehn Jahren brauchen; sie kann es nur für die Gegenwart Ihnen mittheilen; und wenn sich nun die Verhältnisse ändern, dann werden sich die Forderungen ändern.“

Die Generalsynode nahm letzten einmüthig eine Resolution an, worin sie den Oberkirchenrat ersucht, „zur gesegnet erscheinenden Zeit darauf Bedacht zu nehmen, daß die deutsche evangelische Gemeinde in Rom in einem auch nach außen als solches erkennbaren Gotteshaus sich versammeln kann.“ Den Plan, in Rom eine protestantische Kirche zu erbauen, hat, wie auch in der Synode in Erinnerung gebracht wurde, schon der berühmte Bignon-Bau von 80 Jahren betrieben. Er beabsichtigte damit vor allem eine Demonstration und einen Protest gegen die katholische Kirche und den Papst, ja er wollte den Papst geradezu damit ärgern. In neuerer Zeit ist der Plan wiederholt angeregt worden, ohne daß das nötige Geld zusammenkommen wollte. Vor 3 Jahren schrieb der Oberkirchenrat eine landeskirchliche Collecte für den Zweck aus. Jetzt sind etwa 180,000 Mark beisammen. Die Reichsbehörde (etwa fünfzig Hohenlohe?) soll nach Verhältnissen Berücksichtigung dem Kirchenbau wohlwollend gegenüberstehen. Man enthielt sich auf der Generalsynode, soviel aus den Berichten zu erhellen ist, bei Besprechung dieser Frage des Polterns gegen Rom, aber es trat doch deutlich genug hervor, daß der leitende Gedanke bei dem Kirchenbauplane ist, dem Papste Krampf zu bieten. „Wir bauen in Rom“, eben weil das Rom ist und der Papst dort seinen Sitz hat. Daß die Kirche nicht notwendig ist, wurde u. A. von dem Propst v. d. Woll ausdrücklich anerkannt. Es leben in Rom etwa 60 deutsche protestantische Familien, deren kirchliche Bedürfnisse durch die deutsche Gesandtschaftskapelle ausreichend befriedigt werden und die meist gar nicht geneigt und geeignet zu sein scheinen, eine eigene Gemeinde zu bilden. Die verhältnismäßig geringe Summe, die man in vielen Jahren mit Mühe für die Kirche aufgetrieben hat, spricht nicht eben dafür, daß die Protestanten in Deutschland dem Plane große

Begeisterung entgegenbringen. Die Herren Pastoren sind da mal wieder allein mit ihrem „Proteste“.

München, 7. Dec. Bei der heutigen Präsidenten-Wahl wurde, nach einem Telegramm der Köln. Volksztg., der Liberale Klemm mit 81 Stimmen gewählt. Der bisherige Präsident Walter erhielt 71 Stimmen. Walter selbst enthielt sich der Abstimmung, Besch (cons.) stimmte für Walter, Fuchs und Nischelger (Centr.) legten die Schriftführerstelle nieder, so daß die Liberalen allein das Präsidium besetzen werden. In Centrumskreisen nimmt man den Ausgang wenig tragisch; es wiegt hier die Aufschauung vor, das Centrum, welches unter dem Vorwurf, es sei „Präsident- und Regierungspartei“ viel zu leiden gehabt, bekommen jetzt die Hände frei. Das Centrum nimmt auch äußerlich jetzt mehr den Charakter einer Oppositionspartei an. Während der Sitzung stellte Abg. Heim fest, daß er den Austrud „Progen“ in seiner Kammerrede gar nicht gebraucht, also die Recrimination Casselmann's, der zwei Mal den angeblichen Austrud „Progen“ jähzornig hervorhob, der eigentlichen Grundlage entbehre habe.

Österreich-Ungarn.

Wien, 7. Dec. Die „N. Fr. Pr.“ schreibt: Die Verhandlungen des Ministerpräsidenten mit den Parteien wurden auch gestern fortgesetzt und ergaben als Grundlage einer eventuellen Einigung Vereinbarungen bezüglich der Präsidentenfrage, der Beilegung der lex Falkenhayn, der Sprachenfrage. Die Entscheidung darüber liegt in den Händen der deutschen Fortschrittspartei, welche heute früh ihre Entscheidung trifft. Da die Jungesuchen indeß auf der Doppelsprachigkeit der Beamten in Böhmen bestehen, hegt die Linke geringe Hoffnung auf das Gelingen der Einigung. Die Linke bereitet für den Fall des Scheiterns der Verhandlungen einen Aufmarsch auf das deutsche Volk vor.

Prag, 5. Dec. In Rutenberg durchzogen in der Nacht kleinere Haufen junger Leute, die sich in der Stadt aufhielten, und zerstreuten verschiedene Fenstersteine. In Besslau wurden gestern Abend in 23 von Jhraniten bewohnten Häusern die Fenster eingeschlagen. Da weitere Ausschreitungen befürchtet wurden, wurde Militär hinzugeordnet. Nach Mitternacht trat Ruhe ein.

Frankreich.

Paris, 6. Dec. Der Senator Le Provost de Launay beabsichtigte, über die Dreihundert-Affäre zu interpellieren, gab jedoch sein Vorhaben auf in Folge der Meldung, daß Schreuer-Kettner entschlossen sei, eine Erklärung abzugeben. Dem Gaulois zufolge wird Schreuer-Kettner im Senat die Gründe seines Schweigens auseinandersetzen. Er werde mittheilen, der Minister-Präsident und der Kriegsminister hätten sich geweigert, sein Acten-Material entgegenzunehmen (?) und schließlich darlegen, weshalb er den vorgeschriebenen Rechtsweg nicht betreten und dem Justizminister die Frage der Prozess-Revision nicht unterbreitet habe. Falls die Tagesordnung einen Tadel für Schreuer enthalte, werde letzterer seine Vice-Präsidenschaft niederlegen.

Paris, 6. Dec. Die Propaganda aller Schattierungen, von den socialistischen bis zu den streng conservativen, fordern, daß die Verhandlungen des Kriegsgerichts gegen Esterhazy des Mal öffentlich sein, wie es schon im Prozess Dreifus hätten sein sollen. Gingen sie abermals hinter geschlossenen Thüren vor sich, so würde die Sache niemals zu Ende kommen, und der Verdacht, wie auch das Urtheil lauten möge, sich fortzupflanzen. So sprechen die Petite République, der Rappel, Cassagnac in der Autorité und Herolant im Soleil; nur die ministeriellen Blätter verschließen, es müsse auch diesmal an dem Ausschlusse der Öffentlichkeit streng festgehalten werden, weil das Gegenstück bedeutende Folgen haben könnte. Wie man dem Matin entnimmt, hat General Sautter den Major a. D. Esterhazy vor das erste Pariser Kriegsgericht verwiesen, weil in dem zweiten mehrere Jhraniten sizen, die gegen den von Mattheu Dreifus des Verrathes angeklagten Offizier vorgekommen sein könnten.

Amerika.

New-York, 7. Dec. Eine hier eingegangene Depesche aus Port au Prince von gestern meldet: Zwei deutsche Kreuzer sind heute hier eingetroffen. Es wurde der Regierung von Haiti ein Ultimatum überreicht, in welchem verlangt wird, daß den Forderungen bezüglich der Genugthuung über den Fall Läder innerhalb eines Zeitraumes von acht Stunden Genüge geleistet wird. In den diplomatischen Kreisen von Port au Prince glaubt man, daß die haitische Regierung entschlossen ist, die Bedingungen Deutschlands anzunehmen. Die hier wohnenden Deutschen haben sich, da Aufregungen befürchtet werden, gestern auf zwei im hiesigen Hafen liegende Dampfer begeben. Unter der Bevölkerung herrscht Erregung. — Nach einer zweiten Meldung wurden in den Straßen von Port au Prince Placate angehängen mit der Aufschrift: „Rieber mit der Regierung.“ Die Kruppen wurden in den Cafenr conquisit.

Deutscher Reichstag.

3. Sitzung vom 7. December. Präsident v. Walz eröffnet die Sitzung am 1 Uhr 30 Min. Erste Beratung des Entwurfs betr. die deutsche Flotte. Abg. Richter (Frel. Sp.). Im weißen Saale

warde es als Pflicht des Reichstages bezeichnet, das ja schienen und zu wahren, was Kaiser Wilhelm einst geschaffen. Dem hat sich der Reichstag niemals entzogen. Nicht nur das Meer, sondern auch die Marine, die „heiligste Flotte“ ist bedeutend gesteigert worden. Ich will die chinesische Frage hier nicht hineinziehen, aber andere Mächte, die in Ostasien ist so bedeutend, wie nie zuvor. Die Regierung muß doch die Marine dieser Aufgabe gewachsen halten, und läßt nicht ein Schiff nach dem anderen vom Stapel. Als zur Zeit die vier großen Panzer gefordert wurden, stellte man nach deren Anstellung ein langwieriges Tempo in Aussicht. Dies ist selbst längst anders geworden. Gatten wir zur Zeit alle Forderungen der Regierung, insbesondere der Marine, bewilligt, so hätten wir heute 100 Millionen neue Steuern auf dem Hals, die sich nummehr entbehrlig gezeigt haben. Die deutsche Flotte ist aus den Volkstreuehungen des Jahres 1848 hervorgegangen. Gewiß brauchen wir eine Flotte zum Schutz der Handelsinteressen im Ausland und zum Schutz des Nordsee-Kanals. Nach über die Zahl der answärtigen Stationen besteht nirgends Meinungsverschiedenheit. Aber es ist falsch, die Schiffe so darzustellen, als ob ein Schiff der Deutschen im Ausland steht oder gar nach Fertigstellung der im Don besitzenen Schiffe amüßig liege. Die Schiffe sollen so langsam sein. Sogar in Berlin ist manchmal ein Schahmann nicht da, wenn er gebraucht wird. (Gelächter.) Wie lange müssen Sie manchmal im Inland auf eine Ihnen zustehende Entschädigung warten, daß Sie sich einen Panzerkreuzer wünschen gegen die eigene Regierung. (Gelächter.) Wir treten nicht ein für die Deutschen in Österreich und Rußland, und das sind auch andere Landesteile. Uebrigens tabelt ich die Regierung nicht, wenn sie sich hier nicht einmüthig. Aber gerade jetzt hat die Anstalt eine ungeheure Panzerkreuzer erforschen trotz der Kreuzerhoheit. Der Schahmann (schadet dem überfischen Handel mehr als die größte Flotte ihm nützen könnte. (Sehr richtig.) Gewiß brauchen wir eine Schiffsflotte, welche im Stande ist, offensive Vorhänge zu machen, aber warum gehören dazu gerade 19 Ueberschiffe? Hier liegt der Schwerpunkt der Vorlage. Die angelegte Wichtigkeit für die Handelsinteressen ist Nebenache. Das Seeschiffcorps soll sich über die Notwendigkeit der Forderungen einig sein. Mit der Ueberschiffung der Offiziere ist es eine eigene Sache. (Gelächter.) Aber wenn auch, so ist dies nicht maßgebend. (Sehr richtig.) Die Vorlage enthält gar kein Septennat, sie fordert ein Aeternat. Das ist unmöglich wegen der Unabständigkeit der Technik. Im Reichs-Angebot wurde durch den Herrn Reichskanzler in einem Artikel ausgesprochen, daß es unmöglich sei und auch nicht in der Absicht der Regierung liege, weit aussehende Marinepläne festzusetzen. Ich dem Herr Tirpitz immer derselben Meinung gewesen? In einem Artikel des „Reichs-Angeboters“ vom 3. d. h. heißt es, die verbündeten Regierungen seien übereingekommen, neue Steuern seien für die Aufbringung der Mittel dieser Vorlage nicht nötig, diese könnten unbegrenzt jährlich aufgebracht werden.

War denn das private Werk des Herrn Siemens? Wie will man auf sieben Jahre die Anstalt für die Kosten der einzelnen Schiffe festlegen? Wie will man wissen, daß nur 4 Millionen jährlich mehr eingestellt zu werden brauchen? Wie wird die allgemeine Finanzlage beschaffen sein? Es heißt, wir hätten Schulden; allein wir machen nur weniger neue Schulden als sonst. Was Rehen für Ausgaben in Aussicht für die Artillerie, Casernenbauten, Corpsabtheilungen in den nächsten Jahren? In diesem Etat sind ja die Forderungen für die Marine von einer fast ansehnlichen Befriedenheit. (Gelächter.) Man wollte offenbar der Marine keinen Wettbewerb machen! Es handelt sich ja nicht um einen Staatsbankrott, was Verfassungsverbrechen, den ich dem Herrn Reichskanzler nicht gutraue. Er selbst hat gestern gesagt: Sie binden sich auf einige Jahre. Das ist ein Binden des Staats. Hat man aus dem Liniengarnet der Marine nicht immer gesagt, das wäre etwas ganz besonderes ohne jede Parallele, und jetzt sollen wir uns die Hände binden?

Die Finanzen sind veränderlich und darum müssen die Einnahmen und Ausgaben jährlich neu geregelt werden. Abstriche können von allem nur am Extra-Ordinarium gemacht werden. Die Vortheile, die Herr Tirpitz durch die Vorlage für den Schiffbau u. i. w. erwartet, treffen nicht ein. Man soll ja auch die Regierung auf sieben Jahre gebunden sein, freilich nur moralisch (Gelächter) — moralisch? (Gelächter.) Haben wir dieses Gesetz bewilligt, so haben wir das Heft aus der Hand gegeben. Der Reichstag kann alt und grau werden, ehe ihm ein Mal Gelegenheit gegeben wird, an dem Gesetz etwas zu ändern.

In England und Italien freilich könnte ein Ministerium nicht 14 Tage im Amte bleiben, welches sich in Widerspruch mit der Majorität setzt, wie hier mit dem Coalitionverbot und andern Forderungen. (Beifall und Lärm.) Die Vorlage wurde gestern von ganz parlamentfremden Herren vertreten, wir werden sie kennen und vielleicht hochschätzen lernen, aber wie lange dauert es, so sind sie wieder weg? (Große Gelächter.)

Wo gibt es in einem civilisirten Staate ein Parlament, das so wenig Rechte hat wie wir, und da wollen wir uns noch weiter binden lassen? Wir wollen nicht zu einer quantitativen, sondern zu einer qualitativen Opposition gesprochen, die alles an einer Niederlage der Regierung anknüpft. Wer frahen sie denn mit dieser Vorlage? Diese Opposition — ich weiß nicht, ob ich dazu gehöre (Gelächter) — oder die anschauliche Mehrheit des Hauses? Das ist ein Gesetz gegen die Volksmeinung, gegen das eigene Volk; es steht mit allen constitutionellen Grundbegriffen im Widerspruch. Hat doch Fürst Bismarck noch vor Kurzem gesagt, er habe vielleicht den monarchischen Vetter ja sehr in den Sattel gesetzt. Wir lehnen jedes Eingehen auf dieses Gesetz ab. (Beifall links.)

Staatssekretär Tirpitz. Es kommt wohl weniger darauf an, was früher gesagt oder gesagt worden ist, wir sind eben der festen Ansicht, daß die jetzige Flotte nicht genügt. Wir haben auf unsere sämtlichen guten Kreuzer und sogar auf unsere Schiffschiffe, diese schwimmenden Gymnasien, zurückgreifen müssen. Der Kreuzer im Ausland wirkt doch weniger durch sich selbst, als durch die Macht, die hinter ihm steht: die Schlachtschiffe. Was ist denn das Vekernat, wenn das hohe Haus die Vorlage bewilligt? Es ist doch selbstverständlich, daß die einmal geschaffene Flotte dann auch erhalten bleibt. Als ich die Ehre hatte, daß Staatssekretär der Marine zu übernehmen, habe ich die Ueberzeugung, daß über die Frage der Ausgaben, die dem deutschen Reich für die Schaffung einer Flotte

erwachsen, Unklarheit herrscht. Ich habe dem Reichsrichtigen-Bureau des Reichs-Marineamtes angetragen, hierin nach Möglichkeit aufzuklären zu wirken. Ich habe dies für mein Recht und meine Pflicht gehalten. (Beif. Beifall rechts.)

Was Armin (Reichsp.) Wertwärdig ist, daß die angeblichen Arbeiterfreunde die Schiffe nur für eine culturfeindliche Institution halten, während doch nur durch dieselben die vaterländische Arbeit gefördert und gefördert wird. Die von den freisinnigen Parteien viel geschmähten Panzer sind immer auf dem Plan gewesen, wenn es patriotischen Interessen galt. Diejenigen, die Interesse für unsere so überraschend schnell gegliedene Flotte haben und nicht für deren Schatz sorgen, sind die wahren Reactionäre. Die Flotte bedarf mehr wie alles andere einer dauernden Regelung. Wesen Sie mit Wohlwollen an die Kommissions-Beratung.

Abg. Lieber (Centr.) Meine politischen Freunde sind noch nicht mit einem fertigen Votum hier erschienen. Die Vorlage stellt den Reichstag vor eine der wichtigsten und folgenreichsten Entscheidungen. Im Lagerlande ist es für uns vollkommen unmöglich, uns ein abschließendes Urtheil zu bilden. Wir glauben, daß Niemand von uns eine andere Haltung erwartet hat. Die allgemeine politische Lage ist für die Vorlage die denkbar ungünstigste. Nach langem Gehen und Wägen ist endlich die Militär-Stratigraphie-Debatte an uns gelangt, die Schärfe prüfen wollen. Im Bereich der Forderung des Reichstages auf endliche Einigung des Kaiserwortes von der Aufhebung des Coalition-Verbotes hat Schaffen das Reich beschämt. Die Forderung des Reichstages auf Aufhebung des Coalition-Verbotes hat die Regierung in ihrer Sommer-Sitzung nicht erfüllt. Wir treiben keine vöthig objectiv zu prüfen. Vielleicht aber wird die beabsichtigte Frage an die Regierung gestellt sein, was sie Angeht die Haltung einer großen Partei gegenüber in Zukunft zu thun gedenkt. Wenn es nicht Castilia wäre, zu dem Cicero das Wort gewandte, so möchte ich sagen: Quousque tandem. (Gelächter.)

Redner verweist dann auf die kaleidoskopartigen Vermengungen der Forderungen, die vom Regierungshaus je nach Bedürfnis über die Finanzlage dem Hause geboten würden und die aus noch einen erheblichen Einbruch machen könnten. Abgegebene müßte werden, daß die Vorlage zuerst eine klare Forderung biete, die sich auf organischen Gesichtspunkten aufbaue.

Daher sei eine Kommissions-Beratung nöthig, in welcher eine nähere Begründung von Seiten der Regierung möglich sei. Die Frage, ob jetzt der Angelegenheit entgegengetreten sei, die Flotten-Frage überhaupt gesetzlich festlegen, werde in der Begründung besprochen. Nach reiflicher Ueberlegung könne man wohl zu dem Schluß kommen, daß in dem jetzigen Augenblick eine gesetzliche Regelung erfolgen dürfe. Allerdings liege ein Aeternat vor, das nach sieben Jahren fix und fertig auf dem Wasser schwimmen solle.

Eine gesetzliche Bindung gäbe es eigentlich für den nächsten und übernächsten Reichstag überhaupt nicht. Dieser könnte immer noch diesen oder jenen Posten, der außer dem Etat bewilligt gewesen, einfach verweigern. Die schwersten Bedenken für die Partei des Redners liegen darin, daß die Forderung des Septennats in der letzten Session des gegenwärtigen Reichstages eingebracht wurde. Freilich erweise die Regierung damit diesem Reichstage ein ganz besonderes Vertrauen. (Gelächter.) Wird vielleicht auf die Schiffstabilisierungs-Verträge eine Periode der Erneuerung der Marinelandanten folgen?

Prophezeiehungen über die Finanzlage nach 7 Jahren könne kein Reichsfinanzminister machen. Mit indirekten Steuern sei bei dem Centrum kein Geschäft zu machen. Wenn die Regierung der Vorlage die Berücksichtigung mitgeben könnte, daß mit den Posten aus derselben die breite Masse des Volkes, sondern die leistungsfähigen Theile und diejenigen, denen die Flotte am meisten zu gute kommen, belastet würden, so hätte die Regierung neun Zehntel allen Widerstandes überwunden. Bei den schweren Bedenken, besonders finanzieller Natur, bei der Vorlage wünscht seine Partei die Ueberweisung an die Budget-Kommission. Abg. aus der Verwaltung eine flüchtige Marine und ein Rarier, einiger Reichstag hervorgehen. (Beifall im Centrum.)

Staatssekretär Tirpitz. Ich persönlich habe die Ueberzeugung, daß die Marine-Verwaltung in den nächsten Jahren mit den in der Vorlage genannten Zahlen auskommt. Abg. v. Bernhorff-Neizen (Deutsch-Hannov.) legt das Hauptgewicht auf die Kreuzer-Flotte. Seine Partei behalte sich das Urtheil vor und stimme der Kommissions-Beratung zu.

Das Haus verläßt sich auf Donnerstag, Fortsetzung der heutigen Beratung.

Rheinland-Westfalen.

Neuz, 9. December.

Die Resultate der Wählerzählung in der Stadt Neuz am 1. d. Mts. sind jetzt festgestellt. Es wurden gezählt: 2281 Häuser (Wähler) überhaupt (gegen 2092 am 1. December 1892, an welchem Tage die letzte Wählerzählung stattfand), 898 Häuser (Wähler) mit Wählerhand (667 im Jahre 1892), 978 (613) wahlberechtigte Hausbesitzer, 615 (585) Wähler, 1056 (930) Wähler, 684 (668) Schöte, 1126 (906) Schöte, 697 (600) Wähler, 67 Wähler, 358 Wähler und 11,461 Wähler. Wähler, Enten und Wähler sind im Jahre 1892 nicht gezählt worden.

Wahlzettelbauer der Eisenbahnfahrkarten. Aus Anlaß des diesjährigen Wahlzettelbaues wird die Wahlzettelbauer der gewöhnlichen Wählerkarten im Staatsbahndruck mit andern, die gleiche Bestimmung annehmenden Wählern vom 18. December bis einschließl. 6. Januar 1898 ausgedehnt. Die Wahlzettel muß auch bei diesen Karten spätestens am letzten Wahlzettelbaue bis am 12. Uhr Mitternacht einschließl. angeordnet, darf nach Ablauf dieses Tages nicht mehr angetroffen werden.

Wahlzettelbauern. Das Reichs-Postamt richtet auch in diesem Jahre an das Postamt das Wählern, mit den Wahlzettelbauern bald zu beginnen, damit die Wahlzettel nicht in den letzten Tagen vor dem Freie zu sehr zusammenrücken, wodurch die Pünktlichkeit in der Wählerberatung leidet. Die Wahlzettel sind nachherst zu versenden. Keine Wahlzettel, schwache Schachteln, Wählern: 1. i. w. hat nicht zu kennen. Die Aufschrift der Wählern muß deutlich, vollständig und halbsatz hergestellt sein. Rann die Aufschrift nicht in deutlicher Weise auf der Wahlzettel

steht werden, so empfangen die Wählern nach angesetzt werden solchen Gegenständen Pünktlichkeit, Zeit, Wählern nicht auf die Wählern sind Pünktlichkeit.

Telegraphische Nachrichten. (Freiburger-Tag.) Pünktlichkeit, Zeit, Wählern nicht auf die Wählern sind Pünktlichkeit.

Handelskammer. Die Handelskammer der Rheinlande hat die Wahlzettelbauern der Wählern Herr und Wählern die Wählern angeordnet.

Wahlzettelbauern. Die Wahlzettelbauern der Wählern Herr und Wählern die Wählern angeordnet.

Wahlzettelbauern. Die Wahlzettelbauern der Wählern Herr und Wählern die Wählern angeordnet.

Wahlzettelbauern. Die Wahlzettelbauern der Wählern Herr und Wählern die Wählern angeordnet.

Wahlzettelbauern. Die Wahlzettelbauern der Wählern Herr und Wählern die Wählern angeordnet.

Wahlzettelbauern. Die Wahlzettelbauern der Wählern Herr und Wählern die Wählern angeordnet.

Wahlzettelbauern. Die Wahlzettelbauern der Wählern Herr und Wählern die Wählern angeordnet.

Wahlzettelbauern. Die Wahlzettelbauern der Wählern Herr und Wählern die Wählern angeordnet.

Wahlzettelbauern. Die Wahlzettelbauern der Wählern Herr und Wählern die Wählern angeordnet.

Wahlzettelbauern. Die Wahlzettelbauern der Wählern Herr und Wählern die Wählern angeordnet.

Wahlzettelbauern. Die Wahlzettelbauern der Wählern Herr und Wählern die Wählern angeordnet.

Wahlzettelbauern. Die Wahlzettelbauern der Wählern Herr und Wählern die Wählern angeordnet.

Wahlzettelbauern. Die Wahlzettelbauern der Wählern Herr und Wählern die Wählern angeordnet.

Wahlzettelbauern. Die Wahlzettelbauern der Wählern Herr und Wählern die Wählern angeordnet.

Wahlzettelbauern. Die Wahlzettelbauern der Wählern Herr und Wählern die Wählern angeordnet.

Redaction: 2
Nr: 28-4
Preis des
Das Jahr
Nr. 27

* In der
nischen Ba
Königliche Bol
eines um die
geordnet:
„Der Rhein
Rheinische Bol
rheinsischen Cent
bezüglich der An
rang des Grun
zu legen. Ich
Wähler bei der
keitsfin, in A
Anseinanderse
Anhänger der
Gegner des C
Centrums-Pro
Bonn, 5. Dec.
Reichstags-Abg
In gleich
Bollsfreund“
die folgende B
für Cleve, P
ausgegangen:
„In Nr. 11 b
Anschein nach
Rheinischen Ban
diese anwahr
geeignet ist, mi
Wirtglieb des C
creditiren. Ich
Bereins gewese
Andere anricht
Rammer, sowie
anßer Acht lasse
tution find. P
Gevelling, Harr
Es wird in
zeitung“ in Er
gelassen werde
Mitglieder ab
Bereins den
werdende Beh
Rheinischen B
fisse eines C
den großen U
Stellung nin
wird dann a
Angabe der
werden, „daß
Bauern“ ziele
Factoren v

[Primin
40)
Nicht daß
Am besten, wie
sie zu vergesse
„Der Zupie
haben, daß sein
war.“
„Jawohl;
Ich meine
Inspectors P
lich einzuschle
Florence Ja
reife, und als
zurückkam, sic
in Verbindung a
vermischen. Di
des Dorfes ob
and Verlosten
Florence st
war fürverle
nach wie vor
alten Fremde
welche ihre h
festen Bänke
Derg in heile
iternen Fremde
Weihnachte
Frühlingsbe
tar. Es jäh
Florence's B
gezeichnet. W
chen, und gle
nisch zu enträ
verzeichnen be
vergessen zu
nicht webr,
die enblühe
verlosten S
In einem
Später als
sein Fr